

Christian Berthold

Studierendenhoch

AKTUELLER BEGRIFF

Der demografische Wandel bedeutet für Deutschland verkürzt gesprochen, dass wir weniger werden, dass wir älter werden und dass wir heterogener werden. Für ein Hochschulsystem resultieren daraus erhebliche Folgewirkungen. Wenn weniger junge Menschen heranwachsen, wird es schwerer werden, die Studiengänge mit „klassischen“ Studierenden zu füllen. Gleichzeitig werden die Anforderungen an eine Qualifikation älterer Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, zunehmen. Daneben steigt auch bereits kontinuierlich die Nachfrage nach dem, was vielerorts „Studium im Alter“ heißt. Und gleichzeitig müssen die Bildungssysteme auf die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft Rücksicht nehmen.

Der demografische Wandel verläuft in Deutschland ganz unterschiedlich. In den östlichen Bundesländern nehmen infolge der Abwanderung in der Nach-Wendezeit aktuell schon die Zahlen der Studieninteressenten ab. In den alten Ländern dagegen wird der allgemeine Trend noch einmal überlagert. Zum einen führt eine Art demografisches Echo der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965 zu einem leichten Anstieg der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen. Zwar reicht die Geburtenrate von durchschnittlich 1,36 Kindern pro Frau nicht aus, die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Aber die ‚Babyboomer‘ waren so viele, dass hier noch einmal ein leichter Anstieg mit einer Spitze um 2011 zu beobachten ist. Diese Entwicklung wird zum anderen durch die politische Entscheidung zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in den meisten Ländern zu einer enormen Steigerung der studienberechtigten Schulabgänger zusammengeschieben (Abbildung 1).

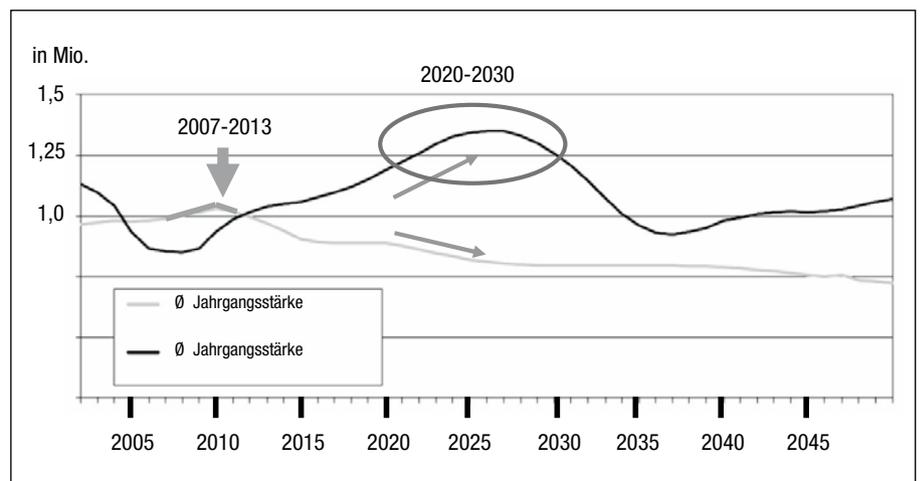
Das führt dazu, dass vor allem in den westlichen Flächenländern in den nächsten Jahren die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erheblich steigen wird. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat in eigenen Prognosen ermittelt, mit welchen Nachfragesteigerungen hier zu rechnen sein wird. Dabei wurden die Wanderungsbewegungen der Studienanfänger zwischen den Ländern und die Übertrittsquote des Jahrgangs 2000 fortgeschrieben. Abbildung 2 beruht auf den jüngsten Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Entwicklung der Zahlen der Hochschulzugangsberechtigten von 2007, bildet aber auch den verzögerten Übergang in die Hochschulen ab. In der Grafik sind hell frei werdende Studienkapazitäten – vor allem in den neuen Ländern – abgebildet, während die dunklen Säulen fehlende Studienkapazitäten – vor allem in den alten Ländern – markieren. Die Basis



Auch wenn die zunächst noch steigenden Studierendenzahlen die Kapazitäten mehr als ausschöpfen, die Hochschulen sollten doch lieber von einem positiv belegten „Hoch“ sprechen als von „Berg“ oder gar „Flut“.

Foto: Peter Albaum/JOKER

Abb. 1: Prognostizierte Jahrgangsstärken, differenziert nach 20- bis 25-Jährigen (hell) und 60- bis 65-Jährigen (dunkel) [Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden].



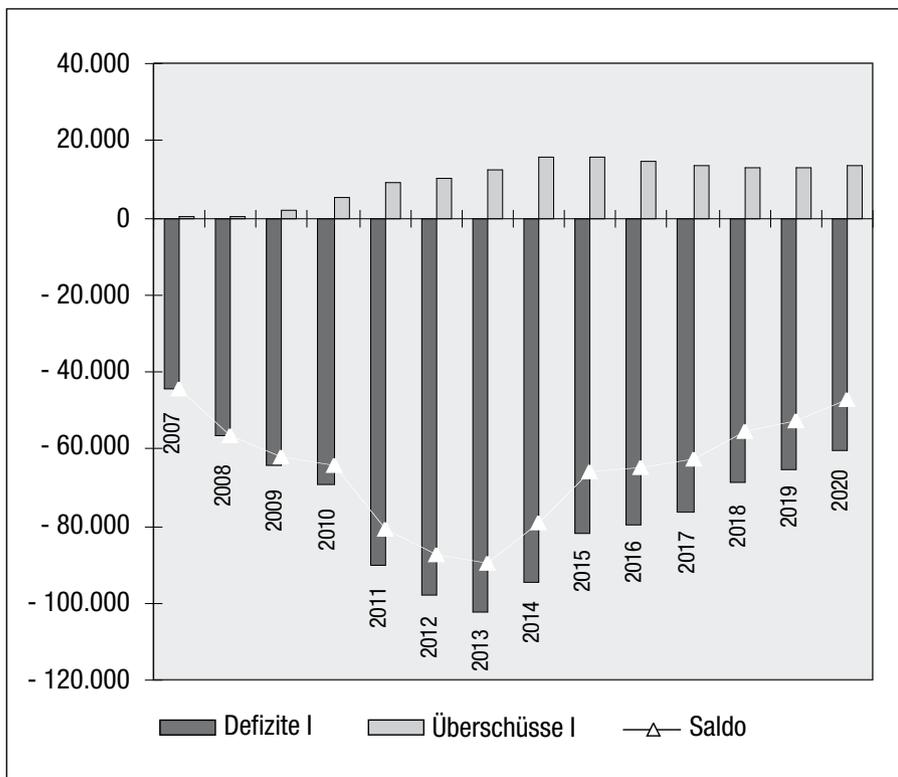


Abb. 2: Prognostizierte Überschüsse und Defizite von Studienkapazitäten.

eine relativ niedrige Akademikerquote und konnte diese in den vergangenen 40 Jahren nicht steigern. Die meisten OECD-Länder hingegen haben in derselben Zeit ihre Erfolge in der höheren Bildung erheblich verbessert. Somit ist klar, dass die aktuelle Entwicklung große Chancen birgt. Deshalb sollte man nicht von „Studierendenberg“ oder gar „-flut“ sprechen, sondern zumindest die neutralere Bezeichnung „Hoch“ verwenden.

Allerdings resultieren bekanntermaßen aus einer größeren Zahl Studienberechtigter hierzulande nicht automatisch mehr Studierende. Denn die Zulassungsbeschränkungen auf der Basis von Staatsverträgen und Kapazitätsverordnung führen zunächst nur dazu, dass der Numerus Clausus und die Zahl der Ablehnungsbescheide steigen. Im deutschen System müssen stets zunächst die Ressourcen („Kapazitäten“) ausgeweitet werden, bevor die Studierendenzahlen steigen. Deshalb lassen sich angesichts der zu erwartenden Entwicklung drei politische Ziele ableiten:

- ◆ Allen jungen Menschen, die nun zusätzlich die Schulen verlassen und studieren wollen, muss eine qualitativ hochwertige akademische Ausbildung angeboten werden. Dazu müssen schnell Ressourcen bereitgestellt werden. Die Organisation und Planung eines solchen Ausbaus ist eine Herausforderung. Denn diese zusätzlichen Studienkapazitäten sollten beispielsweise nicht allein in Fächern angeboten werden, die sich großer Beliebtheit bei den Studieninteressenten erfreuen. Auch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedarf sollte hier Berücksichtigung finden (Stichworte: Akademisierung und Fachkräftemangel).
- ◆ Die Herausforderungen sind noch größer als sie die obige Grafik illustriert: Die Akademikerquote insgesamt ist zu steigern. Das wird jedoch angesichts der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten nicht mehr so leicht sein wie noch in den nächsten Jahren.
- ◆ Schließlich muss das deutsche Hochschulsystem an die Bedingungen des demografischen Wandels angepasst werden. Da dies Zeit erfordert, kann damit nicht bis zum Abklingen des Studierendenhochs gewartet werden. Schon jetzt müssen die notwendigen Veränderungen

bildet der Durchschnitt der Studienanfänger (Bildungsinländer) der Jahre 2000 bis 2004. Dabei haben sich die Erwartungen der Länder über die Entwicklung der Hochschulzugangsberechtigten seit 2005 erheblich erhöht, weshalb ist auch die aktuelle Prognose deutlich höher als noch im Frühjahr 2007.

Das bedeutet zunächst einmal, dass erheblich mehr Studieninteressenten erwartet werden können und dass die in etlichen Ländern verbreitete Rede vom „doppelten Abiturjahrgang“ als deutliche Untertreibung angesehen werden muss. Die daraus resultierenden Herausforderungen werden noch weit über das Jahr 2020 hinaus anhalten. Und wenn die Steigerung bei den Übertritten in die höheren Schulen und beim Übergang in das Hochschulsystem anhalten – was wir bildungspolitisch nur wünschen können –, dann wäre jede Betrachtung verfehlt, die von einem kurzfristigen Nachfragehoch ausgeht. Deutschland verfügt nur über

eingeleitet werden (stärkere Beteiligung der Frauen, Mobilisierung bildungsferner Schichten und Migranten, Ausbau des Lebenslangen Lernen etc.). Dabei können wir zum Teil von den östlichen Bundesländern lernen. Sie sind bereits heute aktiv, da sie schon jetzt mit den Folgen des demografischen Wandels konfrontiert sind.

Vor diesem Hintergrund haben sich Bund und Länder in dem sogenannten Hochschulpakt 2020 darauf verständigt, bis 2010 etwa 90.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Dabei hat man unterstellt, dass ein Studium 22.000 Euro kosten würde. Der Bund hat die Hälfte der danach notwendigen Mittel bereitgestellt und die Länder sollen die andere Hälfte beisteuern. Von den Mitteln des Bundes werden 15 Prozent für die neuen Länder reserviert, die sich im Gegenzug verpflichten, die Studienanfängerzahlen des Jahres 2005 stabil zu halten und ihre Studienkapazitäten also nicht ihrer eigenen sinkenden Nachfragesituation anzugleichen. Ähnlich gibt es Pauschalen für die Stadtstaaten.

Mit der Sonderregelung für die neuen Länder trägt man der Tatsache Rechnung, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern schon unmittelbar Studienkapazitäten frei werden, die zu nutzen nun volkswirtschaftlich äußerst sinnvoll wäre. Allerdings kann man an Abbildung 2 schon sehen, dass die Nutzung frei werdender Kapazitäten in den neuen Ländern bei Weitem nicht ausreicht, um allen zusätzlichen Studieninteressenten aus den alten Ländern einen Studienplatz bereitstellen zu können.

Dieser Befund lässt sich auch leicht an Zahlen verdeutlichen. Würde man für die nach dem oben beschriebenen Verfahren erwartbaren zusätzlichen Studieninteressenten auch zusätzliche Studienangebote im durchschnittlichen Wert von 22.000 Euro anbieten wollen, dann ergäbe sich für den Zeitraum von 2007 bis 2020 ein Mehrbedarf von 11,7 Milliarden Euro. Gelänge es, alle frei werdenden Kapazitäten in den neuen Ländern zu nutzen, so wäre noch eine Summe von 9,5 Milliarden Euro erforderlich. Gut eine Milliarde Euro kommt aus dem Hochschulpakt.

Quellen:

OECD, Education at a Glance 2006, Paris 2007

Stefan Bergheim, Humankapital wichtigster Wachstumstreiber. Erfolgsmodelle für 2020, Deutsche Bank Research 2005

Gösta Gabriel, Thimo von Stuckrad: Die Zukunft vor den Toren. Aktualisierte Berechnung der Studienanfängerzahlen bis 2020, Gütersloh 2007 (im Erscheinen)

Konsortium Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland – Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006,

Hans-Peter Blossfeld, Wilfried Bos, Dieter Lenzen, Detlef Müller-Böling, Jürgen Oelkers, Manfred Prenzel, Ludger Wößmann: Bildungsgerechtigkeit. Jahrgutachten 2007 (Aktionsrat Bildung)

Zu den Details siehe die Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt http://www.bmbf.de/pub/verwaltungsvereinbarung_hochschulpakt2020.pdf

Dr. Christian Berthold ist Geschäftsführer von CHE Consult.